

erklärte Stücklen.

die derzeitige mengenmäßige Einfuhrbegren-

und Wirtschaftsteil

Frankfurter Rundschau 11/4/70

Griechische Junta verspricht Liberalisierung

350 von 1600 politischen Häftlingen sollen freikommen / Urteil gegen Professoren am Samstag erwartet

ATHEN, 10. April (AP/dpa/UPI/FR). Die Freilassung von etwa 350 Deportierten hat der griechische Ministerpräsident Georg Papadopoulos am Freitag in Athen angekündigt. In den Konzentrationslagern Griechenlands werden — nach Zahlenangaben Papadopoulos' — danach noch 1250 Menschen bleiben. Kurz vor der Urteilsverkündung im politischen Prozeß gegen griechische Widerstandskämpfer kündigte Papadopoulos außerdem Liberalisierungsmaßnahmen an.

Der bisher suspendierte Artikel zehn der neuen griechischen Verfassung, der Festnahmen und Freiheitsberaubung ohne richterlichen Haftbefehl verbietet, soll sofort wieder in Kraft gesetzt werden. Die Zuständigkeit der Sondermilitärgerichte soll weiter eingeschränkt werden. Als beratende Körperschaft bei der Gesetzgebung soll — Papadopoulos zufolge — ein „kleines Parlament der Würdigen“ berufen werden. Dieses „Parlament“ soll etwa 50 Mitglieder haben.

Papadopoulos erklärte weiter, alle früheren Politiker könnten jetzt frei ihre Meinung sagen; eine vorbeugende Zensur gebe es nicht mehr.

Politische Beobachter erklärten dazu am Freitag, Papadopoulos wolle mit diesen Konzessionsversprechen offenbar die Öffentlichkeit beruhigen und von dem für Samstag zu erwartenden Urteil im Militärgerichtsprozeß gegen die Professoren Karajorgas und Mangakis ablenken. Kronanwalt Liapis hatte die Todesstrafe für Karajorgas und lebenslange Haft für Mangakis beantragt. Zu diesen Anträgen erklärte am Freitag Bundesjustizminister Gerhard Jahn im Einvernehmen mit seinem Amtsvorgänger, Kanzleramtsminister Horst Ehmke, er sei „zutiefst betroffen“ über die „Maßlosigkeit der gegen Karajorgas und Mangakis beantragten Strafen. Diese sind mit den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde nicht zu vereinbaren. Sie erwecken den Eindruck, daß hier der politische Gegner um

seiner Überzeugung willen getroffen werden soll.“

Ein den Anträgen der Anklage entsprechendes Urteil würde Jahn zufolge „die Beziehungen unserer beiden Länder ernsthaft belasten und Griechenland in die Gefahr bringen, in der Rechtsgemeinschaft der freien Völker, zu deren Entwicklung es in seiner Geschichte so viel beigetragen hat, isoliert zu werden“.

BONN (FR-Bericht). Dem früheren Vorsitzenden der griechischen Zentrumsunion und Chefredakteur der Exilzeitschrift „Dimokratia“, Georg Voukelatos, ist am Freitag vom griechischen Generalkonsulat in Köln mitgeteilt worden, daß ihm von der Athener Junta die griechische Staatsbürgerschaft entzogen wurde. Voukelatos erklärte dazu: „Ich betrachte diesen Akt der Militär-Junta wie auch jede andere Handlung von ihr als völlig illegal. Im übrigen versichere ich dem Militärregime, daß ich meine ganze Kraft weiterhin für seinen Sturz einsetzen werde.“